

Gedenkkundgebung 22. Juni 2021
80. Jahrestag des Überfalls von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion
Redebeitrag von Martin Hornung zu sowjetischen Zwangsarbeiter*innen in Heidelberg

Sehr geehrte Anwesende,
liebe Freundinnen und Freunde,

Politik und Geschichtswissenschaft, auch hier an der Universität, sprechen gerne von sog. „dunklen Kapiteln“ der deutschen Geschichte. Dazu gehören auch die Millionen Zwangsarbeiter*innen, die unter Nazi-Deutschland besonders leiden mussten.

Schon wenige Wochen nach dem Überfall auf die SU forderte die deutsche Industrie den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener, um fehlende Arbeitskräfte zu rekrutieren. Von den 20 – 30-jährigen Deutschen waren im Sommer 1941 bereits 85 Prozent als Wehrmachts-Soldaten eingezogen, die ersetzt werden sollten. Ende Oktober wurde dies befohlen und 350.000 Kriegsgefangene ins Reichsgebiet verschleppt. Ab 1942 deportierten die Nazis wöchentlich etwa 40.000 Menschen aus der SU als „Arbeitskräfte“ ins Deutsche Reich.

Im Sommer 1944 mussten 630.000 Kriegsgefangene und 2,1 Millionen „Zivilarbeiter*innen mit dem Zeichen „Ost“ Zwangsarbeit leisten. Hauptsächlich waren es junge Menschen, die jüngsten 13-jährige Schüler. Sie wurden auf Straßen, in Fabriken, Schulen, Universitäten, Kinos eingefangen und ohne Wasser und Verpflegung und in Viehwagen ohne Toiletten abtransportiert. Unter ihnen waren viele Frauen. Männer konnten weniger verschleppt werden, da sie in der Roten Armee kämpften.

Insgesamt wurden mehr als acht Millionen „zivile“ und vier Millionen Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter*innen vom nazideutschen Kapital und seinem Anhang ausgebeutet; fünf Millionen von ihnen kamen aus der ehemaligen Sowjetunion. Jede dritte Arbeitskraft im faschistischen Deutschland war Zwangsarbeiter bzw. Zwangsarbeiterin. In der Industrie stellten sie 1942 rund 50 % der Beschäftigten. Etwa 2,7 Millionen haben diese unmenschliche Tortur nicht überlebt.

In Heidelberg gab es bis zum Überfall auf die Sowjetunion laut „Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Heidelberg (von) 1996“ in drei Fabriken zusammen rund 70 sog. „ausländische Arbeitskräfte“. Im Sommer 1942 begann auch in Heidelberger Betrieben die Ausbeutung sog. „russischer Zivilarbeiter*innen“ in großem Ausmaß. „Zwangsarbeit in Heidelberg, 1940 – 1945, Verschleppt und Vergessen“ ist das Kapitel im Jahrbuch überschrieben. Nachdem die ersten größeren Kontingente sowjetischer Zwangsarbeiter*innen von der Reichsbahn auch hierher transportiert worden waren, hat die Stadt unter Oberbürgermeister Carl Neinhaus (NSDAP) in der Schlierbacher Landstraße der Schnellpresse AG (heute Heidelberger Druckmaschinen) ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene eingerichtet.

Mitte 1942 mussten laut Liste „Ausländerlager des Kreises“ 333 sog. „Ostarbeiter“ und 171 sog. „Ostarbeiterinnen“ in Heidelberg Zwangsarbeit leisten und in Lagern hausen. Ende 1942 wird die Zahl der in Zwangsarbeit Beschäftigten in 35 Heidelberger Industrie-Betrieben mit 1.148 angegeben, 2/3 von ihnen aus der damaligen Sowjetunion: 606 „Ostarbeiter*innen“ und 168 sowjetische Kriegsgefangene.

Die Fuchs-Waggonfabrik in Rohrbach (danach Harvester / Dresser / Furukawa) ließ 187, später mindestens 300 „Ostarbeiter*innen“ für sich schuften, Graubremse im Pfaffengrund 32. Auch der Firma Teroson wurden 1942 31 Frauen zugewiesen, der Schnellpresse in der Weststadt 14 Frauen und 13 Männer.

Nach den im Stadtarchiv vorliegenden Personen-Karteien bedienten sich in Heidelberg Industrie, Gewerbe, Hotellerie, Landwirtschaft, Stadt, Universität und Privathaushalte insgesamt 27.000

Arbeitsklavinnen und -Skaven - vor allem aus Russland, Weißrussland und der Ukraine. Auch das Hotel Europäischer Hof hatte z.B. 176 Zwangsarbeits-Beschäftigte.

Die Zwangsarbeiter*innen waren dem Wirtschaftsministerium unterstellt, unter dem örtlichen Kommando der Wehrmacht. Das Wohnlager der französischen und belgischen Zwangsarbeiter*innen der Graubremse war im Pleikartsförsterhof zwischen Kirchheim und Pfaffengrund.

Die sog. „Ostarbeiter*innen“ waren im berüchtigten „Baggerloch“ eingepfercht, wo heute der Hauptbahnhof ist - unter erbärmlichen hygienischen Verhältnissen, auf verlausten Strohsäcken, die danach verbrannt werden mussten. Es war kalt, dunkel und feucht. An der Uniklinik war eine sog. „Entlausungsbaracke“ eingerichtet.

Das „Baggerloch“ bestand aus drei Baracken. Das Lagergelände war mit zweifachem, zweieinhalb Meter hohem Maschen- und Stacheldraht eingezäunt. Der Schlafraum (mit Wache) hatte 20 auf acht Meter - für 59 russische Kriegsgefangenen-Zwangsarbeiter. Die Frauenbaracke mussten sich 68 „Ostarbeiterinnen“ aus sechs Betrieben teilen.

Lagerleiter war der Personalchef der Graubremse. In den Akten ist ein Antrag von ihm an die Stadtverwaltung für ein Fahrrad zu finden: „Das Fahrrad wird dringend zu Kontrollfahrten zu den Gemeinschaftslagern der Firma ... sowie den Epidemiebaracken in der Römerstraße benötigt.“

Die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen galten als „rassisch minderwertig“, sie wurden am meisten drangsaliert und litten besonders unter bitterem Hunger. Ihr Essen bestand zumeist aus Rüben und Kartoffeln. Die Schnellpresse hat im Februar 1943 ein Schreiben an das Wirtschaftsamt der Stadt gerichtet. Darin heißt es: „Wir ersuchen Sie um einen Bezugsschein über 25 kg Kartoffelmehl. Unsere Ostarbeiter müssen täglich 12 – 13 Stunden arbeiten. Wir wollen etwas Abwechslung hineinbringen und die Leute zusätzlich verpflegen, um eine einigermaßen gute Arbeitsleistung herauszubringen.“ Das Amt hat den Antrag „nach eingehender Prüfung“ abgelehnt.

Eltern von Kolleginnen und Kollegen der Graubremse haben berichtet, dass Stamm-Beschäftigte den Zwangsarbeiter*innen oft heimlich Essen, Kleidungsstücke und Schuhe zugeschoben haben, um sie vor dem Verhungern und Erfrieren zu retten.

Die Behandlung der westeuropäischen Zwangsarbeiter*innen war nicht ganz so brutal, weil sie den Deutschen als sog. „Artverwandte“ galten. „Ostarbeiter*innen“ wurden als sog. „Untermenschen“ angesehen, deren Arbeitskraft bis zur Erschöpfung ausgebeutet wurde.

Für ihren Arbeitseinsatz galt eine sog. „Richtlinie für Sowjet-Bürger“ - im Nazi-Jargon: „Der Russe ist genügsam, daher leicht und ohne schwerwiegenden Einbruch in unsere Ernährungsbilanz zu ernähren. Er soll nicht verwöhnt oder an deutsche Kost gewöhnt werden, muss aber gesättigt und in seiner dem Einsatz entsprechenden Leistungsfähigkeit erhalten werden.“

Das Durchschnittsalter der Zwangsarbeiter*innen lag bei 20 Jahren, die „Ostarbeiter*innen“ waren ganz unten in der Hierarchie. In der Industrie erhielten sie etwa 20 Prozent der Löhne der deutschen Beschäftigten. Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Bewachung wurden davon abgezogen, ebenso für das Futter der Wachhunde.

Erst 55 Jahre nach der Befreiung - vor allem aufgrund des internationalen Drucks und um sich „Rechtssicherheit“ gegen Opferansprüche zu verschaffen - haben sich Bundesregierung, Bundestag und deutsche Industrie gezwungen gesehen, ein Gesetz zur Einrichtung einer Bundesstiftung zu verabschieden.

Eingerichtet wurde ein Entschädigungsfonds mit dem schönen Namen „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Beteiligt haben sich letztlich nur drei Prozent der deutschen Firmen, die gerade mal ein Promille ihres Jahresumsatzes in den Fonds einbrachten. Der Wirtschaftswissenschaftler

Thomas Kuczinsky hat um die Jahrtausendwende errechnet: Den Zwangsarbeiter*innen bzw. ihren Hinterbliebenen stehen nach Preisen des Jahres 2000 allein an vorenthaltenem Lohn mindestens 180 Milliarden DM (92 Milliarden Euro) zu, die in die Profite des deutschen Kapitals eingeflossen sind. Tatsächlich gezahlt hat die deutsche Wirtschaft für den Millionen-fachen Raub von Arbeitskraft nach eigenen Angaben der Stiftung nur 2,3 Milliarden Euro, 2,5 Prozent der zustehenden Entschädigungen. Kriegsgefangene gingen ohnehin leer aus. Und nur 1,7 Millionen „zivile“ Zwangsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen erhielten im Schnitt minimale 2.700 Euro.

Auch Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall-Vertrauensleute von Haldex / Graubremse haben 1999/2000 deswegen lange kämpfen müssen. Zum Glück sind wir bei der Suche in staubigen, verschlossenen Schränken in unterirdischen Kellern der alten Graubremse in der Eppelheimer Straße fündig geworden. Nachdem wir der Geschäftsführung und dem Konzernvorstand in Schweden Namenslisten von Zwangsarbeiter*innen vorlegen konnten, wurde schließlich nach einem Jahr die Rechtsnachfolge der Graubremse anerkannt und der Beitritt in den Entschädigungsfonds vollzogen.

2012 haben wir durch Recherchen von Hildegard Lutz, VVN-BdA und Stolperstein-Initiative, mit Unterstützung des Heidelberger Rechtsanwalts Wolfgang Stather, erfahren: Zwei sowjetische Zwangsarbeiter der Graubremse, aus der Ukraine, sind zusammen mit drei russischen Zwangsarbeitern der Fuchs-Waggonfabrik im August 1944 auf dem dortigen Betriebsgelände von den Nazis barbarisch erhängt worden. Anatolij Bachatschow aus Kiew und Pawel Chrebor aus Trostjanz wurden nur 21 Jahre alt.

Betriebsrat und IG Metall-Vertrauensleute haben daraufhin die Patenschaft für die Verlegung von Stolpersteinen zur Erinnerung an die ermordeten Kollegen übernommen. In Zusammenarbeit mit Vertretungen der Schüler*innen, der Lehrer*innen der Internationalen Gesamtschule Heidelberg (IGH) wurden die Stolpersteine 2013 im Rahmen einer Gedenkveranstaltung in der Schule im Anschluss vor dem Fuchs-Waggon-Gebäude verlegt.

Der japanische Konzern Furukawa hat 1993 beschlossen, die ehemalige Fuchs-Waggon-Fabrik zu verlagern und zu schließen. Betriebsrat und IG Metall konnten später bei den Verhandlungen um den Sozialplan in der Einigungsstelle eine „inoffizielle“ Regelung durchsetzen. Darin hat Furukawa als Rechtsnachfolger der Fuchs-Waggonfabrik einen fünfstelligen Euro-Betrag zur Errichtung einer Gedenkstätte für die fünf Ermordeten zur Verfügung gestellt.

Im Mai 2015 wurde auf dem ehemaligen Fabrikgelände, heute „Quartier am Turm“, auf Initiative der IG Metall mit Unterstützung der Stadt Heidelberg das Mahnmal zur Erinnerung an die 1944 ermordeten fünf russischen und ukrainischen Zwangsarbeiter eingeweiht.

Sehr geehrte Anwesende,
liebe Freundinnen und Freunde,

- wenn Deutschland, auch die Stadt Heidelberg, heute zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion keine offiziellen Gedenkveranstaltungen durchführt
- wenn Politiker - statt sich für Frieden und Verständigung einzusetzen – sich wieder in der Hetze gegen die äußeren „Feinde“ Russland und China überschlagen, allen voran auch Vertreter*innen der Grünen
- wenn die NATO aufrüstet bis zum Anschlag, für den Aufmarsch gegen Russland

dann müssen wir an die Verbrechen vor 80 Jahren erinnern, damit sie nicht in der Erinnerung verblässen, und den erneuten Kriegsvorbereitungen mit aller Kraft entgegenreten.

Zu ihrer nachträglich 2011 vorgenommenen Strafanzeige wegen der barbarischen Ermordungen bei Fuchs-Waggon bzw. der 2012 erfolgten Einstellungs-Verfügung der Staatsanwaltschaft wird Hildegard Lutz noch einige persönliche Eindrücke schildern, nach dem nächsten Kulturbeitrag.